

### Digitale Agenda ohne Ältere? Wege zu einer Digitalpolitik für alle

Digitalisierung durchdringt mittlerweile nahezu alle Lebensbereiche. Sie eröffnet Chancen, birgt aber das Risiko der Exklusion, wenn es an Möglichkeiten und/oder Fähigkeiten mangelt, digitale Zugänge zu nutzen.

Noch immer sind geschätzt fünf Millionen ältere Menschen (60+) in Deutschland offline.<sup>1</sup> Der Mehrheit der über 60-Jährigen fehlen ausreichend digitale Kompetenzen.<sup>2</sup> In besonderem Maße – so zeigen einschlägige Studien zur digitalen Teilhabe älterer Menschen<sup>3</sup> – sind zudem ältere Menschen mit Migrationserfahrung einem digitalen Exklusionsrisiko ausgesetzt.

Vor diesem Hintergrund formuliert der Fachbeirat Digitalisierung und Bildung älterer Menschen (DigiBäM) folgende Empfehlungen für eine Digitalpolitik auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene, die ältere Menschen einbezieht: Einen schrittweisen Übergang in die digitale Zukunft gestalten.

#### 1 Einen schrittweisen Übergang in die digitale Zukunft gestalten

Oft fehlt es den Menschen bereits an digitaler Infrastruktur (etwa an Smartphone, Laptop, an

WLAN oder Breitbandnetzversorgung). Der Achte Altersbericht formuliert mit Blick auf die digitale Grundausstattung die Empfehlung, gesetzliche Grundlagen dahingehend zu prüfen, wie digitale Teilhabe (z. B. in Form von kostengünstigen Zugängen zu Endgeräten und ins Netz) für alle ermöglicht werden kann. Eine Möglichkeit könnte zum Beispiel darin bestehen, digitale Teilhabe und Unterstützungsleistungen in den Katalog der Leistungen nach § 71 Absatz 2 SGB XII aufzunehmen. Der Fachbeirat DigiBäM begrüßt die derzeitigen Beratungen zur Pflegereform und unterstützt die Auffassung, § 71 als Gesundheitspräventionsparagrafen zu verstehen, in dem u. a. die digitale Teilhabe als Bestandteil der sozialen Teilhabe berücksichtigt wird.<sup>4</sup>

Kommunale Programme im Handlungsfeld sollten migrationssensibel (u. a. mehrsprachige Beratungs- und kultursensible Schulungsangebote, Kooperationen mit Migrantenselbstorganisationen) ausgestaltet sein.

#### 1.1 Digitale Teilhabe setzt digitale Souveränität voraus

Digitale Teilhabe sollte sich an dem Ziel orientieren, Menschen in ihrer digitalen Souveränität

<sup>1</sup> Schätzung des Digitalpakts Alter ([https://www.digitalpakt-alter.de/fileadmin/user\\_upload/Presse/Pressemappe/DigitalPakt\\_Alter\\_Pressemappe\\_digital.pdf](https://www.digitalpakt-alter.de/fileadmin/user_upload/Presse/Pressemappe/DigitalPakt_Alter_Pressemappe_digital.pdf)) auf Grundlage der SIM-Studie 2024 – Senior\*innen, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang von Personen ab 60 Jahren. Verfügbar unter: <https://mpfs.de/studie/sim-studie-2024/>.

<sup>2</sup> Vgl. SIM-Studie 2024 (s. Anm. 1) und D21-Digital-Index 2024/25, verfügbar unter: <https://initiated21.de/publikationen/d21-digital-index/2024-25>.

<sup>3</sup> Vgl. DeZIM Research Notes 2022: Alter(n) und Migration in Deutschland. Ein Überblick zum Forschungsstand zur Lebenssituation von älteren Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland. DRN #09 | 22, Berlin, 7. April 2022 ([https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user\\_upload/fis/publikation\\_pdf/FA-5326.pdf](https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/fis/publikation_pdf/FA-5326.pdf)), den EU-Aktionsplan für digitale Bildung 2021-2027 (<https://education.ec.europa.eu/focus-topics/digital-education/plan>).

<sup>4</sup> <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/meldungen/zukunftspakt-pflege-11-12-2025.html>.

zu stärken. Dazu gehören selbstbestimmte Entscheidungen über die Nutzung digitaler Dienste, Transparenz mit Blick auf Datenverarbeitung sowie die Möglichkeit, digitale Angebote im eigenen Tempo und nach eigenen Prioritäten zu nutzen. Eine „Digitalpolitik als Gesellschaftspolitik“, wie im Koalitionsvertrag (S. 67)<sup>5</sup> festgehalten, setzt auf *„eine vorausschauende, vernetzte, leistungsfähige und nutzerzentrierte Verwaltung zunehmend antragslos, lebenslagenorientiert und rein digital (digital only) mit gezielten Unterstützungsangeboten“*.

Ziel sollte daher ein gestufter Übergang in eine digitale Zukunft sein, flankiert von Unterstützung, Befähigung und sozialer Abfederung. Hierfür werden mehr gut erreichbare, kultursensible und praxisnahe Angebote zum Erwerb digitaler Kompetenzen für alle Bevölkerungsgruppen und Ältere in verschiedenen Lebenssituationen benötigt. Flächendeckend könnten Anlaufstellen eingerichtet werden, die bei konkreten Problemen mit staatlichen Digitalanwendungen unkompliziert unterstützen. Denkbar wären etwa Terminals in Bürgerämtern oder feste Servicepunkte in jeder Kommune.

Digitale Bildung darf sich dabei nicht auf den Erwerb funktionaler Kompetenzen beschränken. Ziel muss es sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Menschen sich selbstständig mit digitalen Prozessen auseinandersetzen, sie kritisch reflektieren und diese aktiv mitgestalten.

## 2 Mehr Partizipation in Gestaltungsprozessen und Forschungsprojekten planen

Ältere Menschen und ihre Interessenvertretungen sollten frühzeitig in die Entwicklung von Digitalstrategien einbezogen werden. Seniorinnen und Senioren mit Migrationsgeschichte seien hier nochmals gesondert erwähnt, ist ihre Beteiligung doch Voraussetzung für den Abbau von Sprachbarrieren und die Entwicklung inklusiver Gemeinschaftsentwürfe. DigiBÄM empfiehlt, Förderstrategien für Digitalprojekte auf Kriterien wie Nutzerorientierung und Beteiligung<sup>6</sup> hin zu prüfen und auszuweiten.

Partizipation meint hier indes nicht nur die Einbeziehung älterer Menschen, sondern darüber hinaus auch die Beteiligung von Regionen, Quartieren etc. (kleinräumige Partizipation).

Derartige Gestaltungsprozesse bei digitalen Benutzeroberflächen, insbesondere bei öffentlichen Diensten wie Apps und Webseiten, dienen dazu, die Bedienbarkeit digitaler Technologien zu verbessern, ihre Nutzbarkeit zu vereinfachen und inklusive Zugänge sicherzustellen.<sup>7</sup>

Empfehlenswert wäre es schließlich, solche partizipativen Prozesse durch wissenschaftliche Wirkungsanalysen zu begleiten sowie in zukünftigen Förderrichtlinien von Bund und Ländern erprobte Verfahren der partizipativen Designentwicklung stärker vorzusetzen.<sup>8</sup>

Seitens des Staates kann in diesem Kontext auch die Zusammenarbeit von (digitaler) Wirtschaft und Zivilgesellschaft (etwa im Rahmen

<sup>5</sup> „Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD“; verfügbar unter: [https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav\\_2025.pdf](https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf).

<sup>6</sup> Kong, C., Reuter, A., Buffel, T., & Xu, W. (2025). A Scoping Review on Older Adults' Participation in Policymaking. *Journal of Aging & Social Policy*, 1–31. <https://doi.org/10.1080/08959420.2025.2568433>.

<sup>7</sup> Urbaniak, A., & Wanka, A. (2023). Participatory approaches in ageing research. In A. Urbaniak & A. Wanka

(Eds.). *Routledge international handbook of participatory approaches in ageing research* (pp. 1–14). Routledge.

<sup>8</sup> Vgl. Müller, C., Kollwe, C. (2024). Soziotechnische Innovationen und Partizipation. In *ZfGG* Vol. 57, S. 97–102; <https://link.springer.com/article/10.1007/s00391-023-02276-y>; vgl.: Diepenbrock, A., Sorgalla, J., Sachweh, S. (Hrsg.) (2018). *Handbuch 4, Partizipative Technikentwicklung. Methodik und Umsetzungsbeispiele*; <https://www.fh-dortmund.de/projekte/quartiersnetz-aeltere-als-ko-produzenten-von-quartiersnetzwerken-im-ruhrgebiet.php>.

von Public-Private-Partnerships für inklusive Digitalisierung) gestärkt werden.

### **3 Niedrigschwellige Zugänge in die digitale Welt schaffen**

Zugänge in die digitale Welt sollten niedrigschwellig und barrierefrei sein. Das im Juni 2025 in Kraft getretene Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) dient hier als Gestaltungsgrundlage. Es sollte auch konsequent migrationssensibel umgesetzt werden: Barrierefreiheit meint auch sprachliche Zugänglichkeit. Insbesondere öffentliche Webseiten von Ämtern und Behörden sollten entsprechend den gesetzlichen Vorgaben und nach bedienungsfreundlichen Oberflächenstandards gestaltet werden, um allen den Zugang zu erleichtern.

Dies gilt auch für digitale Gesundheitsanwendungen, die zunehmend Voraussetzung für Leistungen oder Kommunikation im Gesundheitswesen werden. Viele ältere Menschen erleben hier Hürden beim Zugang, in der Bedienbarkeit oder durch fehlende Unterstützungsangebote. Eine generationengerechte Digitalpolitik sollte diese Barrieren systematisch abbauen.

Insbesondere im ländlichen Raum bestehen oft strukturelle Nachteile – etwa geringere Netzabdeckung, fehlende Lernorte oder weite Wege zu Anlaufstellen. Digitale Teilhabe sollte deshalb stets auch regionale Unterschiede berücksichtigen und gezielt dort Strukturen stärken, wo infrastrukturelle Lücken bestehen.

### **4 Klar geregelte Zuständigkeiten und Strukturen der Zusammenarbeit etablieren**

Die Umsetzung von Digitalstrategien ist oftmals auf verschiedene Behörden verteilt. Ihr Erfolg hängt auch von klar geregelten Zuständigkeiten sowie von gut koordinierten Strukturen ab, die

verschiedene Aspekte der Digitalisierung wahrnehmen und zusammenführen können. Auf diese Weise finden Nutzerinnen und Nutzer mit ihren jeweiligen Anliegen die richtigen Ansprechpersonen und erleben digitale Teilhabe als transparent und zugänglich.

### **5 Digitale Transformation braucht Bildung und digitale Mündigkeit**

Die Regierungskoalition stellt eine „altersübergreifende digitale Kompetenzoffensive“ (S. 69; siehe Fußnote 5) in Aussicht. DigiBäM begrüßt dies und unterstreicht die Bedeutung lebenslangen Lernens und von (Weiter-)Bildung im Alter. Aber auch das Lehren und das Engagement Älterer ist anzuerkennen und zu fördern (etwa in der Technikbegleitung). Hierzu sind Lernorte für digitale Basiskompetenzen in den Kommunen (etwa über Mehrgenerationenhäuser, private Vereine, kommunale Angebote, Volkshochschulen u. ä. quartiersnah angesiedelt) zu schaffen bzw. weiterzuentwickeln. Es braucht niedrigschwellige, alltagsnahe und auf unterschiedliche Altersgruppen sowie Lebenssituationen zugeschnittene, auch zugehende Lern- und Begleitungsformate vor Ort, die Vertrauen fördern. Diesbezüglich gibt es bereits wegweisende Angebote – auf Bundesebene etwa den Digitalpakt Alter (DiPA) sowie in einzelnen Ländern Maßnahmen und Programme zur Technikbegleitung und -beratung.

Mit Blick auf eine bundesweite digitale Transformation, die alle mitnimmt, reichen diese jedoch nicht aus. Daher sollten vorhandene Angebote ausgebaut und weiterhin gestärkt werden.

#### **5.1 Es braucht Bildung für und mit ältere(n) Menschen**

Dabei sollten Erkenntnisse und Erfahrungen

aus der Altersbildung (Geragogik, Mediengeragogik)<sup>9</sup> Berücksichtigung finden. Insbesondere gemeinwohlorientierte Bildungsträger und Einrichtungen können einen Beitrag leisten, weil sie in vielen Regionen bereits als vertraute Anlaufstellen präsent sind und alltagsnahe Lerngelegenheiten anbieten. Ihre bestehenden Strukturen und lokalen Netzwerke können genutzt werden, um digitale Bildungsangebote für ältere Menschen wohnort- und praxisnah zu gestalten. Sie bieten die Möglichkeit, auch kritische Medienkompetenz – einschließlich Bedien- und Basiskompetenzen – zu vermitteln.

Kritische Medienkompetenz schließt die Fähigkeit ein, Informationsflüsse, algorithmische Vorauswahl und kommerzielle Interessen digitaler Plattformen zu durchschauen und eigene Handlungsstrategien zu entwickeln.

Digitalstrategien sollten zudem stärker berücksichtigen, dass algorithmische Systeme ältere Menschen benachteiligen können – etwa durch fehlerhafte Datengrundlagen, unzureichende Altersrepräsentation oder automatisierte Risikoeinstufungen. Hier braucht es Verfahren, die Diskriminierungsrisiken sichtbar machen und minimieren.

## 5.2 Medienkompetenz meint auch den souveränen Umgang mit KI

Über digitale Basiskompetenzen hinaus sollte digitale Bildung auch den bewussten Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) einschließen. KI-Systeme prägen zunehmend Verwaltung, Pflege, Bildung und Kommunikation. Menschen aller Altersgruppen brauchen Gelegenheiten, sich Wissen über Funktionsweisen, Grenzen und ethische Fragen von KI selbst anzueignen. Eine generatio-

nengerechte Digitalstrategie sollte daher Lernräume eröffnen, in denen KI-Kompetenz gemeinsam erprobt und diskutiert werden kann.

DigiBäM empfiehlt in diesem Zusammenhang, digitale Bildungsangebote für ältere Menschen auszubauen und weiterzuentwickeln, besser auffindbar und barrierefrei zugänglich zu machen sowie diesen Prozess mit einer Informationskampagne zu einer ‚Digitalpolitik für alle Generationen‘ zu flankieren. Eine solche Kampagne kann zum Beispiel sowohl über Risiken in der digitalen Welt und Möglichkeiten ihrer Vermeidung aufklären als auch digitale Chancen für das Miteinander von Generationen und Kulturen aufzeigen. Anzubieten sind schließlich auch geragogische Qualifizierungen für Mentorinnen, Mentoren und Fachkräfte im Kontext von Bildung, Sozialer Arbeit und Pflege.

## 6 Cyber-Sicherheit fördern und Verbraucherschutz ausbauen

Datenschutz sowie der Schutz vor Cyber-Kriminalität (Phishing u. a.) tragen dazu bei, die Skepsis älterer Menschen gegenüber der digitalen Welt zu verringern und Vertrauen in sie zu stärken. Deswegen sollten Angebote zur Förderung von Cyber-Sicherheit und Datenschutz – etwa von Verbraucherzentralen oder „Deutschland sicher im Netz“<sup>10</sup> – gestärkt und weiterentwickelt werden. Beratungsstellen, die Hilfestellung für Betroffene von Betrugsversuchen oder Missbrauch digitaler Technologien anbieten, sollten ausgebaut werden.

## 7 Digitalstrategien im interdisziplinären Austausch entwickeln, evaluieren und fortschreiben

Die Digitalstrategien von Bund und Ländern sollten im Dialog mit Wissenschaft und Praxis

<sup>9</sup> Vgl. Bubolz-Lutz, E., Engler, S., Kricheldorf, C., Schramek, R. (2022): Geragogik. Bildung und Lernen im

Prozess des Alterns. Das Lehrbuch. 2., erweit. u. überarb. Aufl., Stuttgart: Kohlhammer.

<sup>10</sup> Siehe <https://www.sicher-im-netz.de/>.

abgestimmt werden und unter Zuhilfenahme von altersdifferenzierten, migrationssensiblen Kennzahlen zu Nutzungsraten, digitaler Kompetenz, Exklusionsrisiken etc. evaluiert werden. Bedeutsam erscheint insbesondere die Ermittlung von Wirksamkeit im Hinblick auf spezielle, wechselnde Bedarfslagen und Lebenssituationen im Alter. Auf Grundlage der Ergebnisse sind ethische Orientierungen zu formulieren, die der Diversität von Altersprozessen, Interessen und Kompetenzen gerecht werden.

Auch eine gezielte Verbreitung von Studienangeboten an Hochschulen erscheint für die Weiterentwicklung einer digitalen Zukunftssicherung von Bedeutung. Wünschenswert wäre eine gezielte Förderung von geragogischen und gerontologischen Studienangeboten zur Vermittlung von Medienkompetenz für ein Lebenslanges Lernen, um alle Bevölkerungsgruppen auf digitale Transformationsprozesse vorzubereiten. Diese Ansätze sind auszubauen und können bei der Umsetzung dieser Empfehlungen wertvolle Dienste übernehmen.

Der Fachbeirat DigiBäM betont, dass Digitalpolitik stets in Verzahnung mit Sozialpolitik gestaltet werden sollte. Vielversprechende Ansätze bieten aus dieser Perspektive der auf Initiative des BMBFSFJ ins Leben gerufene [Digitalpakt Alter](#) als zentraler Knoten in einem sektorenübergreifenden Netzwerk sowie die [Servicestelle Bildung und Lernen im Alter](#). Hieran kann hinsichtlich einer generationengerechten Digitalstrategie angeknüpft werden.

Eine zukunftsfähige Digitalpolitik sollte die ethischen, sozialen und demokratischen Dimensionen des digitalen Wandels ausdrücklich berücksichtigen. Sie kann Erfahrungsräume schaffen, in denen Menschen ihr eigenes Verständnis von Gerechtigkeit, Transparenz und Verantwortung im Umgang mit digitalen Technologien entwickeln und vertiefen. Dazu gehört auch die Frage, wie digitale Technologien soziale Beziehungen, Autonomie, Privatsphäre oder politische Meinungsbildung verändern. Diese Aspekte sollten systematisch in Bildungs- und Beteiligungsprozesse eingebunden werden.

Vom Fachbeirat DigiBäM am 20. März 2026  
verabschiedet

Vorliegende Empfehlungen wurden im Kontext des DigiBäM-Fachgesprächs „Digitale Agenda ohne Ältere? Wege zu einer Digitalpolitik für alle“ am 7. November 2025 erarbeitet<sup>11</sup> und vom Fachbeirat im März 2026 verabschiedet. Eine Dokumentation zum Fachgespräch findet sich auf der Webseite des Fachbeirats DigiBäM.

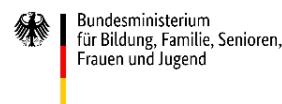


Der Fachbeirat Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen will Teilhabe und Selbstbestimmtheit sowie digitale Souveränität älterer Menschen fördern. Er wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ). Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) e. V. stellt die Geschäftsstelle für den Fachbeirat. Eine Liste der aktuellen Fachbeiratsmitglieder findet sich u. a. auf der Webseite: [www.digitalisierung-und-bildung-fuer-aeltere-menschen.de](http://www.digitalisierung-und-bildung-fuer-aeltere-menschen.de).

Ein Projekt des



Gefördert vom



<sup>11</sup> Eingeflossen sind dabei u. a. auch die Empfehlungen aus dem EqualCare-Projekt und dem dazugehörigen veröffentlichten White Paper (2024); verfügbar unter <https://www.uni-frankfurt.de/158854000.pdf>.